
Vorlagen vom 13. Juni 2021

Abstimmungsmonitor

Covid-19-Gesetz

CO2-Gesetz

Trinkwasserinitiative

Initiative Pestizidverbot

Terrorismugesetz

Zwischenbericht



Universität
Zürich ^{UZH}

fög – Forschungszentrum
Öffentlichkeit und
Gesellschaft / Universität
Zürich

31.05.2021

Ein Schlussbericht erscheint
Mitte Juni 2021.

Inhalt:

2 Überblick

5 Akteur:innen

8 Methode

Der Abstimmungsmonitor des fög wurde Anfang 2013 erstmals lanciert und erfasst die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge im Vorfeld von eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Abstimmungsmonitor wird von der Gottlieb und Hans Vogt Stiftung, von der Stiftung FERS sowie aus eigenen Mitteln finanziert.

Resultate

Linards Udris

In der Schweizer Medienarena wird über die fünf Abstimmungsvorlagen insgesamt intensiv berichtet, wenn auch mit grossen Unterschieden (Abb. 1). Das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen gegen den Einsatz von Pestiziden erfahren am meisten Beachtung, das Covid-19-Gesetz und das Terrorismusgesetz deutlich weniger.

Bei den Behördenvorlagen ist die Tonalität beim Covid-19-Gesetz leicht positiv (+12) und beim CO2-Gesetz (+34) positiv, während sie beim Terrorismusgesetz ambivalent ausfällt (+2). Auch bei der Trinkwasserinitiative (-4) und bei der Initiative Pestizidverbot (-3) ist die Tonalität ambivalent, d.h. negative und positive Stimmen und Bewertungen halten sich (fast) die Waage.

Resonanz und Tonalität im Vergleich

Die Medienresonanz der fünf Vorlagen vom Juni 2021 fällt sehr unterschiedlich aus. Im Vergleich der Abstimmungsvorlagen seit Herbst 2018 war die Medienresonanz zum gleichen Zeitpunkt, d.h. drei Wochen vor Abstimmungsdatum, nur bei wenigen Vorlagen stärker. Das heisst, dass das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen das mediale Interesse recht stark auf sich gezogen haben. Dies steht im Gegensatz zum Covid-19- und dem Terrorismusgesetz, die eine unterdurchschnittliche Beachtung erfahren.

Die starke Resonanz des CO2-Gesetzes passt ins Bild, denn auch die Energiestrategie 2050 (Mai 2017) hatte überdurchschnittliche Beachtung erfahren. Doch die Zustimmung für das CO2-Gesetz (+34) fällt im Unterschied zur damals sehr ambivalent dargestellten Energiestrategie 2050 relativ positiv aus. Dies könnte darauf hinweisen, dass in den Medien 2021 die Problematik des Klimawandels breiter akzeptiert wird als 2017 und somit die Dringlichkeit von Gesetzesänderungen hin zu nachhaltigeren Energieträgern breiter anerkannt wird.

Die starke Resonanz der beiden «Pestizid»-Vorlagen ist deshalb auffallend, weil die thematisch ähnlichen Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» 2018 nur halb so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Die hohe Beachtung für die Trinkwasser- und Pestizidverbot-Initiative lässt sich auch mit dem ausgeprägten Konflikt innerhalb der Landwirtschaft erklären und mit den intensiven Kampagnen-Bemühungen. Laut Eigenangaben habe der Schweizerische Bauernverband noch nie so viel in Abstimmungskampagnen investiert. Dass intensive Kampagnenbemühungen sich in der Regel in einer intensiveren

	Anzahl Beiträge	Tonalität	
		negativ	positiv
Selbstbestimmungsinitiative	482	-29	
Begrenzungsinitiative	465	-34	
Konzernverantwortungsinitiative	450	-10	
CO2-Gesetz	431		34
Trinkwasserinitiative	421	-4	
Initiative Pestizidverbot	407	-3	
Steuerreform	336	-5	
Waffenrichtlinie	261	-24	
Kampfflugzeuge	249	-18	
Verhüllungsverbot	248	-8	
Fair Food	225	-16	
Zersiedelungsinitiative	202	-18	
Sozialversicherungsrecht	198		12
Jagdgesetz	189	-10	
Covid-19-Gesetz	186		12
Vaterschaftsurlaub	180	-22	
Antirassismus-Strafnorm	173	-41	
Terrorismusgesetz	170		2
Ernährungssouveränität	169	-27	
Hornkuhinitiative	163		8
E-ID-Gesetz	157	-4	
Mietwohnungsinitiative	149	-1	
Kriegsgeschäfteinitiative	126	-2	
Freihandel Indonesien	123		15
Velowege	112	-43	
Kinderabzüge	108		3

Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 im Vergleich mit allen anderen Volksabstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 9 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 6380 Beiträge).

Medienberichterstattung niederschlagen, ist ein bekanntes Muster. Denn Journalist:innen orientieren sich auch daran, wie stark die Kampagnen-Aktivitäten ausfallen, und verwenden dies u.a. als Indikator für die Relevanz oder die Umstrittenheit einer Vorlage. Der aktuelle Konflikt um die beiden «Pestizid»-Vorlagen zeigt sich auch darin, dass die Tonalität gegenüber beiden Initiativen ambivalent ausfällt – dies im Unterschied zur «Fair Food»- (-16) und der «Ernährungssouveränitäts»-Initiative (-27), die viel negativer thematisiert worden waren.

Auch die verhaltene Resonanz des Terrorismusgesetzes passt ins Bild. Schon 2016 hatte das Nachrichtendienstgesetz unterdurchschnittliche Beachtung erhalten. Sowohl aktuell als auch damals gelingt es den Referendums-Organisationen nicht, eine wirklich breite Diskussion um Grundrechte auszulösen. Die aktuell ambivalente Tonalität beim Terrorismusgesetz (+2) aber unterscheidet sich von der damals klar positiven Tonalität gegenüber dem Nachrichtendienstgesetz. Dies scheint nahe zu legen, dass beim Terrorismusgesetz die Befürworter:innen (noch) keine sehr aktive Kampagne führen.

Das Covid-19-Gesetz ist insofern ein «Spezialfall», weil in jüngerer Zeit keine thematisch ähnlichen Vorlagen stattgefunden haben. Auch weil das Gesetz ein «wilder Mix von Themen» sei, handle es sich um das «eigenartigste Referendum der Schweizer Geschichte» (Tamedia, 6.5.), zumal einige Punkte des Gesetzes zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits überholt seien. Die schwache Medienresonanz wiederum ist Ausdruck davon, dass sich bisher Akteur:innen nur verhalten für das Gesetz einsetzen. Gerade für eine Behördenvorlage, die von fast allen Parteien und grossen Verbänden unterstützt wird, fällt die Tonalität nur leicht positiv aus (+12). Stattdessen spielen in der Medienberichterstattung Demonstrationen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gegen das Covid-19-Gesetz eine wichtige Rolle. In der Darstellung von solchen Demonstrationen wird der Bezug zum konkreten Covid-19-Gesetz nicht immer sehr breit ausgeführt. (Artikel über Demonstrationen, in denen das Gesetz gar nicht erwähnt wurde, wurden ganz von der Analyse ausgeschlossen.) Deshalb bleibt in der Berichterstattung ein Stück weit unklar, inwieweit der Protest sich gegen das Covid-19-Gesetz oder aber gegen die «Corona-Massnahmen» generell richtet, die aber nicht vom Covid-19-Gesetz betroffen sind.

und das Terrorismusgesetz. In beiden Sprachregionen überwiegt in den Medien die Zustimmung fürs CO2-Gesetz, und ebenfalls fällt in beiden Sprachregionen die Tonalität gegenüber den anderen Vorlagen eher ambivalent aus.

Unterschiede zeigen sich darin, dass in der Deutschschweiz das Covid-19-Gesetz stärkere Zustimmung erfährt (+16) als in den Medien der Suisse romande (+2). Die beiden Volksinitiativen erfahren in den Medien der Suisse romande – relativ gesehen – mehr Beachtung und auch mehr Kritik (-12 und -8) als in den Medien der Deutschschweiz (+1 und +1).

Thematisierung der Volksinitiativen

Die Art und Weise, wie über die beiden Volksinitiativen berichtet wird, ist bemerkenswert. Denn obwohl es sich um separate Vorlagen handelt, werden die beiden Initiativen in der grossen Mehrheit «im Doppelpack» thematisiert. In 70% der Beiträge, in denen die Initiativen thematisiert werden, werden gleichzeitig die Trinkwasserinitiative und die Initiative Pestizidverbot behandelt (Abb. 3). Dazu kommen 12% der Beiträge, in denen die beiden Initiativen zusammen auch noch mit anderen Vorlagen thematisiert werden, zum Beispiel bei Artikeln über Umfrageergebnisse. Beiträge, in denen entweder nur die Trinkwasser- oder nur die Pestizidverbot-Initiative diskutiert werden, sind deutlich seltener. Diese 82% sind ein sehr hoher Wert. Die Thematisierung «im Doppelpack» ist jedenfalls deutlich stärker verbreitet als damals 2018, als die Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» oft gemeinsam als «Agrar-Initiativen» behandelt wurden – aber nur in rund 50% der Beiträge und zudem mit einer stärkeren Kontrastierung der «roten» Ernährungssouveränitäts-Initiative von der «grünen» «Fair Food»-Initiative.

Durch die aktuell so häufig gemeinsame Thematisierung der Initiativen tendiert die Medienberichterstattung dazu, die beiden Initiativen in einen Topf zu werfen. Dies legen auch die Sammelbezeichnungen wie «Agrar-Initiativen», «initiatives anti-pesticides», «Pestizidinitiativen» etc. nahe.

Diese gemeinsame Thematisierung wird nicht nur von Gegner:innen vorgenommen, die explizit ein «2x Nein» empfehlen – allen voran der Bauernverband oder der Bundesrat. Die gemeinsame Thematisierung ergibt sich auch daraus, dass die Medien immer wieder das «Grundproblem» - Pestizide in der Landwirtschaft – zum Thema machen und pauschal auf die beiden Initiativen verweisen. Kurz: es gibt nur relativ wenige

		Anzahl Beiträge		Tonalität	
				negativ	positiv
Deutschschweiz	CO2-Gesetz	298		30	
	Trinkwasserinitiative	269		1	
	Initiative Pestizidverbot	242		1	
	Covid-19-Gesetz	134			16
	Terrorismusgesetz	119			2
Suisse romande	Initiative Pestizidverbot	165		-8	
	Trinkwasserinitiative	152		-12	
	CO2-Gesetz	133			42
	Covid-19-Gesetz	52			2
	Terrorismusgesetz	51			2

Abbildung 2: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 1615 Beiträge).

Sprachregionale Unterschiede

In der Berichterstattung über die fünf Abstimmungsvorlagen gibt es zwischen den Sprachregionen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede (Abb. 2). In beiden Sprachregionen finden das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen viel mehr Beachtung als das Covid-19-

Beiträge, die auf eine einzige Initiative fokussieren oder die beiden Initiativen systematisch miteinander vergleichen. Befragungen nach dem Urnengang werden zeigen, inwieweit die Stimmbürger:innen in der Lage sind, die beiden Vorlagen auseinanderzuhalten.

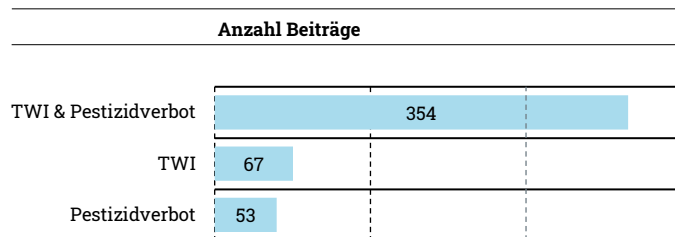


Abbildung 3: Art der Resonanz – Trinkwasserinitiative und Initiative Pestizidverbot

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz für die Trinkwasserinitiative (TWI) und die Initiative Pestizidverbot – unterschieden danach, ob die Initiativen jeweils in einem Beitrag allein oder beide zusammen thematisiert werden (n = 444). Nicht abgebildet sind die 59 Beiträge, in denen die beiden Volksinitiativen zusammen mit weiteren Vorlagen vom 13. Juni 2021 thematisiert werden.

Akteur:innen

Bei den fünf Abstimmungsvorlagen sind die verschiedenen Akteursgruppen sehr unterschiedlich stark präsent. Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft spielen eine sehr wichtige Rolle bei den beiden «Agrar-Initiativen» und beim Referendum gegen das Covid-19-Gesetz, aber kaum eine Rolle beim Terrorismusgesetz. Beim CO₂-Gesetz fällt die Resonanz der Zivilgesellschaft auch nur verhalten aus – dies entspricht nicht den (medialen) Erwartungen, dass die 2019 so dominante Klimastreikbewegung auch beim CO₂-Gesetz stark präsent sein müsste.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei den Parteien. Diese sind beim CO₂-Gesetz präsent, aber bei den anderen Vorlagen weniger. Auffallend ist die relativ schwache Resonanz der linken Parteien, allen voran der SP. Doch auch die Resonanz der Grünen ist insofern relativ schwach, als drei der fünf Vorlagen sich mit Kernanliegen der Grünen (Umwelt, Klima) befassen. Anders als die Grünen steht die SVP bei zwei Vorlagen – CO₂-Gesetz und Covid-19-Gesetz – durchaus im Zentrum der Diskussion. Diese relativ geringe Präsenz der Grünen passt zum Befund, dass in der Diskussion um die beiden «Agrar-Initiativen» in erster Linie die Landwirtschaft und nicht der Umweltschutz im Vordergrund steht und dass beim CO₂-Gesetz die Kosten und damit wirtschaftliche Fragen eine wichtige Rolle spielen.

Akteur:innen beim CO₂-Gesetz

Das CO₂-Gesetz ist die resonanzstärkste Vorlage und wird von einem breiten Spektrum von Akteur:innen diskutiert. Insgesamt kommen viele Akteursgruppen mit zustimmenden Voten zu Wort, doch einige wichtige Akteursgruppen der Wirtschaft oder die SVP äussern sich kritisch bis sehr negativ. Bemerkenswert ist die starke Präsenz von Expertinnen und Experten (15%) mit zustimmenden Positionen, auch im Vergleich mit der schwächeren Resonanz damals bei der Abstimmung zur Energiestrategie 2050. Dies liegt nicht nur daran, dass mehr als hundert «namhafte Forscher» offiziell zusammen die Ja-Parole herausgeben – «ein ungewöhntes Vorgehen» (Tamedia, 22.4.). Wissenschaftler:innen werden von den Medien im Abstimmungskampf immer wieder um Einordnungen gebeten, zum Beispiel zur Frage, ob Wasserstoff eine sinnvolle Lösung bei der Energieversorgung sein könnte («Hype um Wasserstoff», Tamedia, 12.5.). Insgesamt sind es Wissenschaftler:innen, die am häufigsten zum grundlegenden Problem des Klimawandels und den möglichen Lösungen Stellung beziehen.

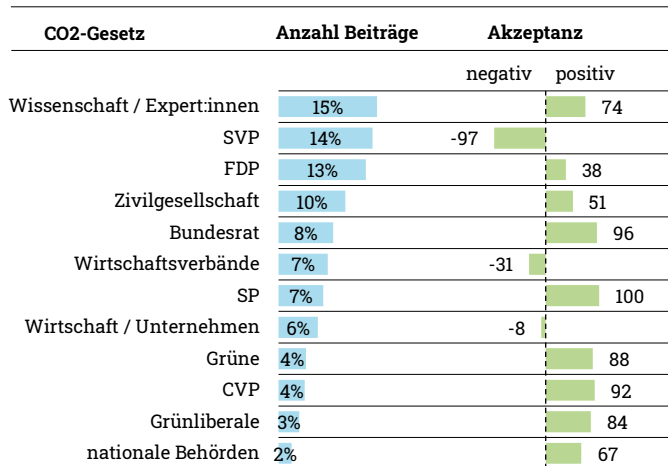


Abbildung 4: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – CO₂-Gesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum CO₂-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 611 Aussagen)

Ebenfalls starke Resonanz erhalten die bürgerlichen Parteien SVP (14%) und FDP (13%). Wie damals 2017 bei der Abstimmung um die «Energiestrategie 2050» spielen SVP und FDP eine zentrale Rolle, und wiederum profiliert sich die SVP als klare Gegnerin der Behördenvorlage (-97). Die FDP wird wieder als gesplante Partei dargestellt. Beim CO₂-Gesetz kommen FDP-Vertreter:innen zwar etwas mehr mit zustimmenden als mit ablehnenden Voten zu Wort (+38). Doch ihre Pro-Stimmen werden in der Berichterstattung oft als defensive Argumente eingebaut, weil darauf hingewiesen wird, dass die FDP-Basis im Gegensatz zu den Politiker:innen dem Gesetz kritisch gegenüberstehe.

Zusammengefasst, ergibt sich das Bild, wonach auf der einen Seite Expert:innen die Bedeutung des CO₂-Gesetzes zur Bekämpfung des Klimawandels hervorheben, während wirtschaftsnahe Akteur:innen vor den Kosten des Gesetzes warnen. Die Grünen (4%), für die das Thema Klimawandel ein zentrales Thema ist, sind vor diesem Hintergrund recht wenig präsent. Auch Akteur:innen der Zivilgesellschaft (10%), zu denen auch die Klimabewegung gehört, sind im Vergleich zu 2019 weniger vertreten, als die Klimastreiks die Berichterstattung dominierten. Zudem kommen sie nicht mit uneingeschränkt unterstützenden Voten zu Wort (+51).

Akteur:innen bei den anderen Vorlagen

Weil die beiden Volksinitiativen oft gemeinsam thematisiert werden, ähnelt sich auch das Spektrum von Akteur:innen, die in den Medien Resonanz erhalten (Abb. 5 und Abb. 6). Die Diskussion wird in beiden Fällen dominiert von den offiziellen Befürworter:innen (Initiant:innen), die teilweise aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft kommen, vom Schweizerischen Bauernverband (12% bzw. 9%) und ganz generell von einzelnen Bäuerinnen und Bauern (subsummiert unter «Zivilgesellschaft»). Auch andere Verbände wie z.B. Bio Suisse oder der Fischereiverband spielen eine wichtige Rolle (10% bzw. 12%).

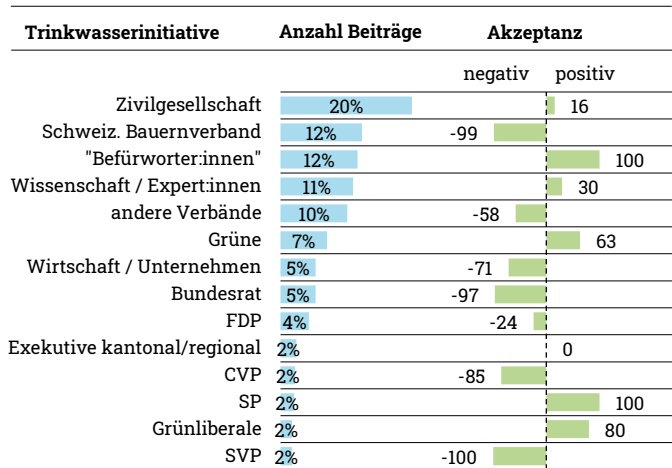


Abbildung 5: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Trinkwasserinitiative

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Trinkwasserinitiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 586 Aussagen)

Insgesamt ergibt der Abstimmungskampf in den Medien das Bild eines zunehmend emotional aufgeladenen Konflikts, der innerhalb der Landwirtschaft ausgetragen wird. Parteien und Verbände, die üblicherweise bei Abstimmungsvorlagen oft zu Wort kommen, sind viel weniger präsent. Diese Fokussierung auf die gesplante Landwirtschaft selbst zeigt sich auch in den zunehmend häufigen Medienbeiträgen über den «aggressiven Abstimmungskampf um Pestizid-Initiativen» (blick.ch, 18.5) bzw. den «guerre des pesticides» (24heures.ch, 15.5.). Auch Berichte über Morddrohungen gegenüber einzelnen Exponent:innen finden viel Beachtung und auch die Tatsache, dass verschiedene Akteur:innen ankündigen, sich von nun an zurückzuhalten.

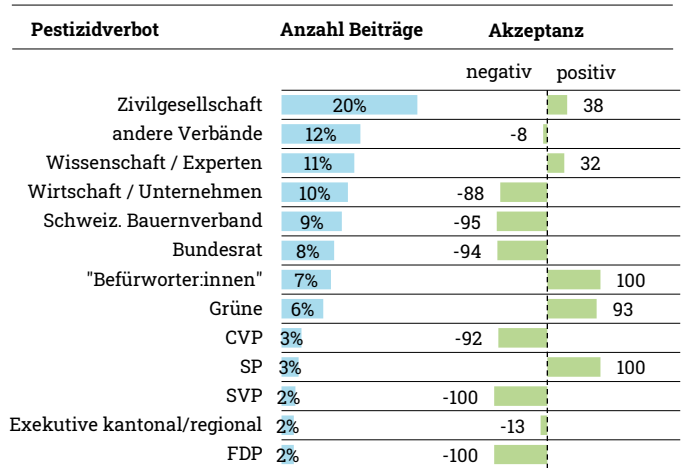
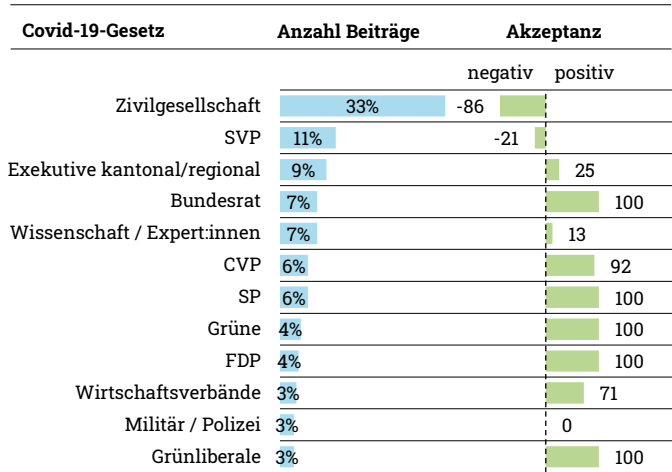


Abbildung 6: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Initiative Pestizidverbot

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Initiative Pestizidverbot Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 430 Aussagen)

Beim Covid-19-Gesetz kommen zwar einflussreiche Parteien und der Bundesrat mit unterstützenden Positionen zu Wort (Abb. 7). Doch deren Resonanz fällt bescheiden aus im Vergleich zur Beachtung für die Akteur:innen der Zivilgesellschaft (33%), die auch auf der Strasse gegen die Corona-Massnahmen und das Covid-19-Gesetz mobilisieren (-86).

Auch die SVP (11%), die offiziell die Stimmfreigabe beschlossen hat, findet viel Aufmerksamkeit, und zwar in der Summe mit mehr Stimmen, die sich kritisch zum Covid-19-Gesetz äussern (-21). Insgesamt ist die Diskussion geprägt vom Thema Freiheitsrechte, was durch die Thematisierung von Demonstrationsverboten (z.B. durch kantonale Behörden) oder von Polizeieinsätzen bei Aufmärschen unterstrichen wird. Dazu tragen auch Einordnungen von Wissenschaftler*innen (7%), ob und inwiefern Demonstrationsverbote zu stark in die Grundrechte eingreifen, bei.



Die grosse Bedeutung des Bundesrats in der Diskussion um das Terrorismusgesetz bedeutet aber nicht, dass dieser hier deutlich aktiver ist als bei den anderen Vorlagen. Die absolute Resonanz ist nicht höher als bei den anderen Vorlagen. Dies legt letztlich nahe, dass sich neben dem Bundesrat andere Akteur:innen nur schwach engagieren. Am ehesten kommen Akteur:innen der FDP (11%) mit zustimmenden Voten (+65) und Akteur:innen der Zivilgesellschaft (10%) sowie der GLP (9%) mit ablehnenden Voten (-100 bzw. -89) zu Wort. Kritiker:innen wie der Schweizer UNO-Sonderbericht-erstatte zu Folter, Nils Melzer («Akteure Ausland»), können die Diskussion am Rande beeinflussen (6%).

Abbildung 7: Resonanz und Akzeptanz der Akteure – Covid-19-Gesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 214 Aussagen)

Beim Terrorismusgesetz schliesslich, der am wenigsten thematisierten Vorlage, ist der Bundesrat, allen voran Bundesrätin Karin Keller-Sutter, am meisten präsent (18%) (Abb. 8).

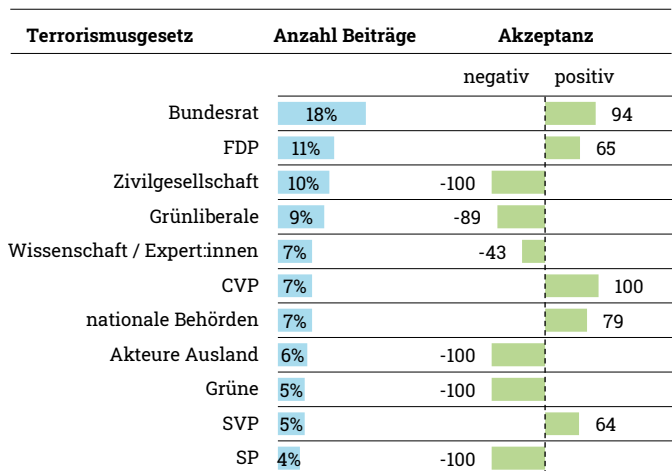


Abbildung 8: Resonanz und Akzeptanz der Akteure – Terrorismusgesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 205 Aussagen)

Methoden

Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 22. März 2021 bis 23. Mai 2021 erschienen sind. Es werden 1116 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag bis zu fünf Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (Covid-19-Gesetz: n = 186; CO2-Gesetz: n = 431; Trinkwasserinitiative: n = 421; Initiative Pestizidverbot: n = 407; Terrorismusgesetz: n = 170). 67% der Beiträge thematisieren jeweils eine Vorlage, 23% jeweils zwei oder mehr Vorlagen. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, die negative Auswirkungen von Pestiziden auf die Gesundheit problematisieren – «positiv» bei Initiative Pestizidverbot);
- zur Zweckmäßigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass eine Annahme der Initiative Pestizidverbot gegen die WTO-Regeln verstösst – «negativ» bei Initiative Pestizidverbot);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, die Gegner:innen würden eine übertrieben aggressive Kampagne betreiben – «positiv» bei der Trinkwasserinitiative);

- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-Führung der Gegner:innen – «negativ» beim CO2-Gesetz);
- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgchancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ» beim CO2-Gesetz).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.

Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Hier unterscheiden wir zwischen expliziten Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) und impliziten Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermelde» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021 werden auf diese Weise 2046 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit

100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher ergeben die Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

Mediensample

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 6 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckten Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind aber direkt vergleichbar mit den Vorlagen seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste blickamabend.ch eingestellt wurde.

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, Sonntags-Zeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche

Titel SRG: SRF: 10vor10, srf.ch/news (Online), Tagesschau; RTS: Le Journal, rts.ch/info (Online)